



2005/03 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2005/03/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

In Detmold (Nordrhein-Westfalen) beschädigten unbekannte Täter eine jüdische Gedenkstätte. Das berichtet die Lippische Landes-Zeitung am 12. Januar. An zwei der vier Säulen wurden die Symboltafeln gewaltsam entfernt und anschließend entwendet. Eine Augenzeugin meldete sich bei der Polizei, nachdem über den Diebstahl berichtet worden war. Sie gab an, dass sie bereits in der Nacht zum 1. Januar einen einzelnen männlichen Täter beobachtet habe, der auf das Denkmal eingeschlagen habe. Als sie ihn angesprochen habe, sei der Mann geflüchtet. Pro Asyl und die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl der Kirche kritisieren in einer Pressemitteilung vom 12. Januar, dass nach wie vor Abschiebungen nach Sri Lanka stattfinden. Das Land ist von den Folgen des Tsunami stark betroffen. Die beiden Organisationen fordern einen sofortigen förmlichen Abschiebestopp. Als »blanken Zynismus« bezeichnen sie den Verweis der Innenministerien, die Menschen könnten sich ja in nicht von der Flut betroffenen Gebieten eine Existenz aufbauen. In Kehl (Baden-Württemberg) gaben ein 14 Jahre alter Junge und eine 13jährige zu, mehrere Gräber im jüdischen Teil des örtlichen Friedhofes beschädigt zu haben. Sie hatten mit Kerzen von anderen Gräbern »Hitler lebt« auf die Grabsteine geschmiert. Ein rechtsextremer Hintergrund der Tat werde ausgeschlossen, stattdessen handele es sich um »jugendlichen Übermut«, teilte ein Sprecher der Polizei mit. Am 8. Januar wurde eine jüdische Gedenkstätte auf dem Fränkischen Friedhof in Dortmund-Wickede (Nordrhein-Westfalen) beschädigt. Vier Findlinge und alle Grabsteine wurden mit silberner und blauer Farbe beschmiert. Es seien SS-Runen, Hakenkreuze »und volksverhetzende Parolen, deren sinnloser Inhalt hier nicht wiedergegeben werden soll«, gefunden worden, teilte die Dortmunder Polizei mit. Auf einem asphaltierten Weg, der zur Gedenkstätte führt, seien weitere Schmierereien entdeckt worden. Die Stadt Hamburg will ab Mai rund 500 afghanische Flüchtlinge abschieben. Das gab die Innenbehörde am 6. Januar bekannt. Es handle sich bei der Flüchtlingsgruppe um allein stehende Männer zwischen 18 und 60 Jahren, die innerhalb der letzten drei Jahre nach Deutschland gekommen seien. Die Abschiebungen sollen auch dann stattfinden, wenn Verhandlungen über die Rückkehr der Flüchtlinge mit der afghanischen Regierung am 1. Mai noch nicht abgeschlossen seien. Der Abschiebestopp endet im April. In einer Reisewarnung betont das Auswärtige Amt die Gefahren durch Terror und »gewalttätige Auseinandersetzungen« in Afghanistan. Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes heißt es: »Landesweit besteht eine Gefährdung durch politisch-religiöse Gewalttaten und Straßenkriminalität. Weitere terroristische Anschläge und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen religiösen Gruppen sind nicht auszuschließen.«

jm

